



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/114 - 18. Mai 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Stimmungsbericht aus Paris</u> Von Günter Markscheffel, zur Zeit Paris	66
3 - 4	<u>Pankow verbessert seine jugoslawische Position</u> Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	45
4	<u>Wo liegt Kiel?</u> Aus einem Erdkundeunterricht ...	16
5 - 6	<u>Was lange währt, wird oft noch schlecht</u> Zur Lage des Jugendarbeitsschutzgesetzes Von Ernst Scharnowski, MdB	76
7	<u>Eine europäische Parlamentsfassade?</u> Straßburger Illusionen	48
<u>Anlage:</u>	<u>SPD-Präsidium zum Scheitern der Gipfelkonferenz</u>	28

\* \* \*

\*

Stimmungsbericht aus Paris

Von Günter Markscheffel, zur Zeit Paris

Wenn es ein Element der Beruhigung nach diesen hektischen Tagen in Paris gibt, dann ist es die von allen Teilnehmern an der Gipfelkonferenz inzwischen akzeptierte Sprachregelung, daß es sich nicht um einen Abbruch mit Krach, sondern um eine Vertagung des Gipfeltreffens handelt. Diese Sprachregelung scheint gleichermaßen bei den Amerikanern und bei den Russen in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch Schule gemacht zu haben. Wenn man es auch nicht offen zugibt, spürt man wohl auf beiden Seiten, wie ungeheuer groß die Verantwortung Moskaus und Washingtons für die Entwicklung der internationalen Lage in den nächsten Wochen und Monaten ist.

Gewiß, es gibt bei der amerikanischen und auch bei der sowjetischen Delegation Anzeichen dafür, daß bestimmte Gruppen ein Zurück zum Kalten Krieg mit allen Konsequenzen als unvermeidlich betrachten. Dagegen wird bei den Franzosen und Engländern deutlich sichtbar, wie sehr man bemüht bleibt, die schwachen Fäden gegenseitiger Fühlungnahme nicht ganz abreißen zu lassen; trotz des Rückfalls Chruschtschows in die verschlagenen und brutalen Methoden der Außenpolitik eines Stalins.

Unter diesen Umständen ist es nicht erstaunlich, daß die französische Presse auf amerikanische Stimmen verweist, die sehr offen von den Fehlern der amerikanischen Diplomatie bei den Vorbereitungen zur Gipfelkonferenz sprechen. Hierbei wird Präsident Eisenhower in gewissem Sinne als Opfer einer falschverstandenen Solidarität mit hohen Beamten, die noch aus der Ära John Foster Dulles stammen, dargestellt. Natürlich wird auch mit aller Strenge das Verhalten Chruschtschows verurteilt, der - wie es heißt - auch seinerseits nicht genügend Kraft gehabt habe, um jenen Elementen in der UdSSR zu widerstehen, die ebenfalls eine Politik des "Entweder-Oder" für richtig halten.

Im ganzen aber wird das augenblickliche Scheitern der Gipfelkonferenz als das Ergebnis einer auf allen Seiten unzulänglichen Vorbereitung betrachtet, wobei sich allmählich die Auffassung durchsetzt, daß sogenannte Freundschaftsbesuche von Staatsoberhäuptern eben nicht ausreichen, um schwierige internationale Situationen meistern zu können.

Die große Frage, die jetzt hier in Paris diskutiert wird, ist aber folgende: Wird das westliche Lager geschlossen bleiben, um auch weiterhin gemeinsam die zu erwartenden Schritte Moskaus in der internationalen Politik aufzufangen, oder werden vielleicht Franzosen und Engländer versuchen, die Fehler der Vergangenheit auf eine ihnen geeignet erscheinende Art auszugleichen? Es wird hier in Paris kein Geheimnis daraus gemacht, daß de Gaulle ganz andere Vorstellungen von den Möglichkeiten, mit Chruschtschow zu reden, habe, als ein Teil der amerikanischen Delegation. Durch die Ignorierung seiner Vermittlungsversuche am Vorabend der Konferenz sieht sich de Gaulle um seine Rolle, die er ursprünglich spielen wollte, gebracht. Bei seinem Temperament und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß auch Macmillan eine andere Taktik gegenüber den Russen bevorzugt haben soll, sieht man den nächsten Schritten de Gaulles mit einiger Spannung entgegen.

Diese hier nur vorsichtig angedeutete Unterschiedlichkeit im westlichen Lager bei der Beurteilung der jetzt entstandenen Situation versucht NATO-Generalsekretär Paul Henri Spaak dadurch zu überbrücken, daß er die Partner des Atlantikpaktsystems zu einer Reihe von Sitzungen einlädt, in denen unter rein militärischen Aspekten das weitere Verhalten des Westens erörtert werden soll. Ob diese Versuche Spaaks sehr glücklich sind, wird mancherorts bezweifelt.

Bei ruhiger Überlegung wird der Westen - nach Möglichkeit in Zusammenarbeit auch mit klugen Staatsmännern neutraler Staaten - eine Bilanz der jetzt entstandenen internationalen Situation ziehen müssen. Die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, werden kaum im Rahmen einer ausschließlich militärischen Betrachtungsweise liegen können. Die Sowjets sind hier in Paris so aufgetreten, als seien sie bereit und in der Lage, jede militärische Reaktion des Westens mit einer militärischen Doppelaktion ihrerseits zu beantworten. Es mag sein, daß eine solche Perspektive den Routiniers des Kalten Krieges nicht überraschend erscheint. Mit Politik hätte dies aber nichts mehr zu tun. Es würde die hemungslose Fortsetzung des Rüstungswettlaufs bedeuten.

### Pankow verbessert seine jugoslawische Position

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Die bereits seit einigen Monaten zu beobachtende Verbesserung der jugoslawisch-ostdeutschen Beziehungen hat in den letzten Tagen eine bemerkenswerte Fortsetzung gleich in zwei Bereichen erfahren. Mag auch nach außen hin dem Aufenthalt der Volkskammerdelegation unter Führung ihres Vorsitzenden Dieckmann nicht mehr Aufmerksamkeit zuteil geworden sein als anderen solchen Abordnungen auch, ist doch aus wohlunterrichteten Kreisen zu erfahren, daß die jugoslawischen Gesprächspartner intern trotz der bestehenden ideologischen Gegensätze der DDR bedeutende politisch-moralische Anerkennung gezollt haben.

Damit wurden noch einmal indirekt die auf dem kürzlich beendeten Kongreß des Sozialistischen Bundes Jugoslawiens geäußerten Angriffe Staatschefs Tito gegen die Bundesrepublik bestätigt. Es gibt nicht wenige politische Beobachter in Belgrad, die den letztjährigen Wandel der jugoslawischen Einstellung zur DDR nicht zuletzt auf recht vordergründige wirtschaftliche Motive zurückführen. So kann man in jugoslawischen Wirtschaftskreisen nicht selten den für ein selbst kommunistisches Land zweifellos äußerst-erstaunlichen Hinweis zu hören bekommen, die veränderte Betrachtungsweise der DDR beruhe maßgeblich auf der Erkenntnis, daß auch dieser Teil Deutschlands in der Lage sei, gute Waren zu annehmbaren Preisen im gewünschten Zeitpunkt zu liefern.

Eine solche offensichtlich neuentdeckte Denkweise hat gerade in den letzten Tagen ihren sichtbaren Ausdruck in Abschluß eines jugoslawisch-ostdeutschen Zusatzhandelsabkommens gefunden. Durch einen gleichfalls erst unlängst geschlossenen langfristigen Handelsvertrag, der für 1960 einen beiderseitigen Warenaustausch in Höhe von 70 Millionen Dollar vorsieht, rückte die DDR ohnehin schon zum zweitwichtigsten jugoslawischen Handelspartner innerhalb des Ostblocks auf. Das im Zusatzabkommen um weitere 17,7 Millionen Dollar erhöhte Warenkontingent läßt die DDR bereits in die Nähe der Sowjetunion (108 Mill.) als bedeutendsten jugoslawischen Handelspartner der kommunistischen Welt gelangen.

Daß der Warenaustausch Jugoslawiens mit der DDR erst sehr spät aufgenommen worden ist und noch 1957 nur 24 Millionen Dollar betragen

hat, von wo er innerhalb von nur vier Jahren fast die 90 Millionen-Grenze erreichte, wird hier fast allgemein als ein bedeutendes Politikum gewertet. Zu gleicher Zeit, da dieser steile Anstieg des jugoslawisch-ostdeutschen Handelsverkehrs und in seinem Gefolge die Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen zu beobachten sind, ist zwar der jugoslawisch-bundesdeutsche Warenaustausch nicht geringer geworden, hat jedoch zweifellos unter dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Belgrad gelitten. All dies sollte Anlaß genug sein, einmal mehr über den diplomatisch beziehungslosen Zustand zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien nachzudenken; umso mehr als dadurch die politische Abwertung der Bundesrepublik in Belgrad maßgeblich mitbedingt, wenn nicht gar verursacht ist.

+ + +

#### Wo liegt Kiel ?

sp -Erdkundeunterricht in einer Volksschule im Rheinland. Es sind Schülerinnen und Schüler der Mittelstufe. Thema: Die Länder der Bundesrepublik. Und hier das Ergebnis. Landeshauptstadt von Schleswig-Holstein? Antwort: Holstein. Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz? Antwort: Koblenz. Landeshauptstadt von Hessen? Antwort: Frankfurt.

Sie werden, verehrte Leser, konstatieren, daß die Leistungen der Schüler, die solche Antworten geben, nicht ausreichen. Leistungen der Schüler? Wie bitte? Sie haben sich verhört, verehrter Freund. Was wir für sie aufgeschrieben haben, sagte die Lehrerin ihren Kindern. Die "Lehrerin"!

Ein einziger Fall, eine Ausnahme nur? Vielleicht. Über Schulort und Namen der "Lehrerin" wollen wir den Mantel des Schweigens bereiten. Wir wollen nicht, daß sie in Schwierigkeiten gerät. Aber wir wollen die Verantwortlichen mahnen, nur solche Lehrkräfte in die Schulen zu schicken, die die primitivsten Dinge des Unterrichts beherrschen. Das sind wir unseren Kindern schuldig.

Was lange währt, wird oft noch schlecht

Von Ernst Scharnowski, MdB

Zehn Jahre sind ins Land gezogen, seitdem Regierungsvertreter zum erstenmal die Verabschiedung eines neuen Jugendarbeitsschutzgesetzes zusagten. Doch von der Zusage bis zum ersten Entwurf eines solchen Gesetzes lag ein jahrelanger Weg. Erst nachdem die SPD im Juni 1956 einen eigenen Entwurf vorlegte, sah sich die Regierung bemüsst, im März 1957 ihren Entwurf im Bundestag einzureichen. Damit aber war zugleich die Initiative der Regierungsparteien für den Rest der zweiten Legislaturperiode erschöpft.

Zu Beginn der dritten Legislaturperiode des Bundestages stiess die SPD erneut vor und reichte schon in der sechsten Sitzung des neuen Bundestages am 12. Dezember 1957 einen neuen Entwurf ein. Die derzeitigen Mehrheitsverhältnisse gestatteten jedoch der Regierung und der sie vertretenden Koalition eine Verschleppung der Behandlung im Ausschuss für Arbeit, bis sie ihrerseits im März 1958 einen Regierungsentwurf einreichen konnten. Dieser wurde dann vom Plenum nach einer Aussprache an den Ausschuss für Arbeit verwiesen. Seitdem haben der Ausschuss für Arbeit und die Ausschüsse für Familien- und Jugendfragen sowie der Rechtsausschuss sich damit beschäftigt. In dieser Woche befasst sich der Bundestag nun mit dem vielfach beratenen Entwurf in zweiter und dritter Lesung befragen und den Entwurf Gesetz werden lassen.

Aber wie sind die Aussichten über den Inhalt eines solchen neuen Gesetzes?

In den wichtigsten Punkten sind sich Koalition und Opposition nicht einig geworden. Die SPD blieb hier als Opposition allein; die FDP stimmte meistens mit den Regierungsparteien. Der Regierungs-Gesetzesentwurf ist durch die Koalitionsparteien oft noch gegenüber der ursprünglichen Fassung verschlechtert worden. Manchmal konnte man den Eindruck haben, als wenn die Koalition ihre "Unabhängigkeit" gegenüber der Regierung beweisen wollte.

Die Wünsche der arbeitenden Jugend und der sie vertretenden Gewerkschaften sind weitgehend nicht berücksichtigt worden. So bietet zum Beispiel das zukünftige Gesetz den Kindern nicht den notwendigen ausreichenden Schutz, weil trotz eines formellen Verbots der Kinderarbeit als

Erwerbstätigkeit reichlich Ausnahmen gestattet sind. Ganz abgesehen davon, dass in Beachtung des alten Rechts Tätigkeit im Familienhaushalt nicht unter das Gesetz fällt, sind "gelegentliche Hilfeleistungen" zugelassen. Das führt dazu, dass im Interesse der Landwirtschaft Kinderarbeit zugelassen ist und das in einer derartig kautschukartigen Form, dass das Schlimmste für die Arbeiterkinder auf dem Lande zu befürchten ist. Hier sollten die Bundestagsabgeordneten aufstehen und ihre grosse Verantwortung erkennen.

Eine andere wichtige Differenz besteht hinsichtlich der Arbeitszeit. Die Mehrheit beschloss für Jugendliche bis 16 Jahre 40 Stunden, für Jugendliche bis 18 Jahre 44 Stunden je Woche. Dietarifliche Entwicklung auf diesem Gebiet kann in Kürze so weit sein, dass der Erwachsene dann also eine kürzere Arbeitszeit hat als der Jugendliche von 16 bis 18 Jahren. Einen Antrag der SPD-Vertreter im Bundestagsausschuss für Arbeit, wonach die Jugendlichen keinesfalls länger arbeiten dürfen als die Erwachsenen, lehnte die Mehrheit ab. Die SPD wird in zweiter und dritter Lesung die Regierungsparteien nochmals vor die Frage stellen, ob sie sich in Sachen der Arbeitszeit der Gesamtentwicklung entgegenstellen oder anschliessen wollen.

Unter den insgesamt etwa 17 Differenzpunkten sind noch einige weitere, die nicht unwesentlich sind. Zum Beispiel wollen die Regierungsparteien die ausgebildeten Facharbeiter ab 17 Jahre sowie die Jungbeamten (ab 18 Jahre) aus dem Gesetzesbereich herausnehmen. Das stösst auf unseren Widerstand, ebenso die von ihnen beabsichtigte Regelung über Akkord- und Fließbandarbeit für Jugendliche. Die Fließbandarbeit damit ist nicht die Arbeit am einfachen Transportband gemeint - muss auch für die Jugendlichen gesperrt sein.

Alles in allem sind noch etliche Verschlechterungen, so bei der Frage Sonntagsarbeit und Ruhepausen, in das Gesetzgebungswerk hineingekommen, um deren Entfernung die SPD sich bemühen wird. Von einer erheblichen Verbesserung des Gesetzentwurfes wird es abhängen, ob die SPD-Bundestagsfraktion für oder gegen das Gesetz stimmen wird oder sich auch nur der Stimme enthält.

Machen wir uns nichts vor, die Chancen, zu einem auch nur einigermaßen vernünftigen Jugendarbeitsschutzgesetz zu kommen, sind auf Grund der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag sehr gering. Die schon seit geraumer Zeit spürbare Verbitterung der arbeitenden Jugend gegen die Behandlung "ihres Gesetzes" ist deshalb nicht unbegründet, sondern durchaus zu verstehen.

Die arbeitende Jugend, ihre Gewerkschaften und die SPD werden sich auch weiterhin um die Anerkennung berechtigter Forderungen zum Jugendarbeitsschutz bemühen müssen. Das Thema wird auf der Tagesordnung bleiben.

### Eine europäische Parlamentsfassade ?

ler - Das Europäische Parlament in Straßburg besteht nicht aus freier Wahl hervorgegangener Abgeordneten. Diese wurden von ihren Regierungen ernannt. Ernannten Volksvertretern ermangelt es aber an demokratischer Legitimation. Dieser Mangel soll nun verschwinden. Mit großer Mehrheit hat das Europäische Parlament in Straßburg ein Abkommen über die direkte Wahl einer europäischen Volksvertretung in der Sechser-Gemeinschaft beschlossen. Damit wurde erstmalig in der Geschichte unseres Kontinents die Grundlage für die Wahl eines einzigen Parlaments von sechs Staaten geschaffen. Das ist gewiß ein guter Gedanke, und er wurde wohl in der löblichen Absicht geboren, dem Streben nach europäischem Zusammenschluß - daß es eigentlich ein kleineuropäischer Zusammenschluß ist, von dem die Mehrzahl der nichtkommunistischen Staaten Europas nicht erfaßt ist, wird oft und gern übersehen - neue belebende Impulse einzuhauchen. Die Vorarbeiten beanspruchten fast zweieinhalb Jahre, das Abkommen muß zwar noch von den nationalen Parlamenten gebilligt und ratifiziert werden, aber die Väter dieser Idee erhoffen die ersten europäischen Wahlen in zwei Jahren. Das neue Straßburger Europa-Parlament, das jetzt aus 142 Delegierten besteht, soll dann 426 gewählte Abgeordnete zählen.

Die deutschen Sozialdemokraten im Straßburger Europarat, denen man gewiß keine Europafeindschaft vorwerfen kann, sie beteiligen sich sogar sehr aktiv an den Straßburger Arbeiten, haben sich bei der Abstimmung über dieses Wahlgesetz der Stimmen enthalten. Sie hatten gute Gründe dafür. "Gerade im Hinblick auf den Osten darf es nicht geschehen", sagte ihr Sprecher Ludwig Ketzger, MdB., "daß allgemeine Wahlen für ein Scheinparlament veranstaltet werden". Das ist in der Tat des Pudels Kern. Die allgemeine unmittelbare Wahl des Europäischen Parlaments entspricht zwar einem Erfordernis der Demokratie, aber ein Parlament, das keine kontrollierenden und legislativen Befugnisse hat, verurteilt sich selbst zu einem Schattendasein, es ist eine Farce seiner selbst. Ein solches Parlament könnte wohl noch beraten, aber die Regierungen auf die von ihm gefaßten Beschlüsse nicht verpflichten. Dieses so konstruierte Europaparlament wäre wohl nicht in der Lage, Ansehen und Würde zu erwerben, es würde eine Staffage für Europa-Manager sein.

Ein Parlament soll Spiegelbild der in einem Volke wirkenden politischen Kräfte sein. Nun kam ein italienischer Christdemokrat auf die Idee, die Kommunisten - sie sind in Italien wie übrigens auch in Frankreich die zweitstärkste Partei - von den Beteiligungen und der Wählbarkeit an einer europäischen Wahl auszuschließen. Das mag zwar sehr bequem sein, aber dadurch wird diesem "Europa" die Auseinandersetzungen mit dem Kommunismus nicht erspart. Man wird mit den Kommunisten nicht fertig, indem man sie draußen vor der Tür hält, man muß schon das geistige Ringen mit ihnen wagen. Ein Europa-Parlament, so müßte man meinen, sollte dieses Ringen geradezu suchen und sich nicht ihm versperren. Die europäische Demokratie muß bereit sein, sich mit ihren Gegnern in offener Diskussion zu messen, statt sie in den Untergrund zu treiben.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel



Zum Scheitern der Gipfelkonferenz in Paris  
erklärt das Präsidium der SPD:

Das Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz, verursacht durch die ultimativen Forderungen von Caruschtschow, muß in der ganzen Welt Bestürzung und Sorge hervorrufen. Damit sind die Hoffnungen der Menschheit auf eine friedliche Entwicklung erschüttert worden. Eine große Gelegenheit, zur Entspannung in der Welt zu kommen, wurde versäumt. Statt dessen stehen wir jetzt vor einer Situation, in der sich die Spannungen vergrößert haben und die internationale Lage noch krisenreicher geworden ist.

Nach dem Fehlschlag der Pariser Konferenz ist eine Lösung der offenen militärischen und politischen Probleme noch schwieriger aber auch dringender geworden. Die international kontrollierte Abrüstung und die ungelösten politischen Probleme, wie die Deutschland-Frage, bleiben nach wie vor auf der Tagesordnung der internationalen Politik.

Es darf keine gewaltsamen Lösungen geben, weil bei einer kriegerischen Auseinandersetzung die ganze Menschheit vernichtet werden könnte. Die Großmächte haben deshalb weiterhin die Verpflichtung, sich um eine friedliche Lösung der offenen militärischen und politischen Streitfragen zu bemühen.

Die SPD wird trotz des Fehlschlages von Paris nicht müde werden, zu fordern, durch neue und verstärkte Bemühungen in der Frage der kontrollierten Abrüstung und einer friedlichen Lösung der politischen Probleme die entstandenen neuen Spannungen zu überwinden. Sie erwartet, daß die Bundesregierung eine solche Politik nachdrücklich unterstützt. Mehr denn je müssen die Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone und in Berlin die Gewißheit haben, daß die Bundesregierung alles in ihren Kräften stehende zur Überwindung der Krise in den internationalen Beziehungen zu tun bereit ist.

+ + +